

PLAGIATE

Koch-Mehrin legt Widerspruch ein

Silvana Koch-Mehrin (FDP) kämpft um ihren Dokortitel. Die Europaparlamentarierin hat Widerspruch gegen die Entscheidung des Promotionsausschusses der Universität Heidelberg eingelegt, ihr den Titel zu entziehen. Hält die Uni an der Entscheidung fest, könnte Koch-Mehrin vor dem Verwaltungsgericht klagen. Der Promotionsausschuss der Philosophischen Fakultät hatte ihr im Juni den Dokortitel entzogen, weil die Dissertation „in substantiellen Teilen aus Plagiaten besteht“, wie Dekan Manfred Berg sagte. Die Politikerin verwies daraufhin in einer Stellungnahme unter anderem darauf, dass dem Promotionsausschuss die Schwächen der Arbeit bekannt gewesen seien, als ihr der Titel im Jahr 2000 verliehen worden sei. Der Dekan weist diesen Vorwurf zurück. In der vergangenen Woche hatte auch Jorgo Chatzimarkakis (FDP) seinen Dokortitel verloren. Er wolle die juristische Begründung der Uni Bonn abwarten, verkündete Chatzimarkakis, und „eine erneute Doktorarbeit in Angriff nehmen“.



Koch-Mehrin

PATRICK SEIGER / DPA

BEHINDERTE

Verbände torpedieren Nationalen Aktionsplan

Bundessozialministerin Ursula von der Leyen hat massive Probleme mit den deutschen Behindertenverbänden. So droht der Inklusionsbeirat des Bundesbehindertenbeauftragten, seine Arbeit einzustellen. Grund des Ärgers ist der vom Bundeskabinett beschlossene Nationale Aktionsplan zur Um-

setzung der Uno-Behindertenrechtskonvention. Das Papier lässt nach Einschätzung des Inklusionsbeirats „jegliche Ambitionen“ vermissen, die Rechte von Menschen mit Behinderung in Deutschland umzusetzen, heißt es in einer „grundsätzlichen Stellungnahme“. „Leider hat es nur eine Pro-forma-Beteiligung Behinderter gegeben“, klagt Sigrid Arnade, Geschäftsführerin der Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben. Kritik an dem „dürren Papier“ äußert auch die Sprecherin des Deutschen Behindertenrats, Barba-

ra Vieweg. Ihre Organisation wird dem Wunsch der Regierung nicht nachkommen und auch keine Stellungnahme zum Entwurf des Staatenberichts des Bundes abgeben. In diesem Bericht will Deutschland die Uno über die Fortschritte bei der Umsetzung der Behindertenrechtskonvention informieren. „Was nutzt ein Papier, das ohnehin niemand in der Regierung zur Kenntnis nimmt?“, argumentiert Vieweg. Stattdessen beabsichtigen die Behindertenverbände einen eigenen Bericht an die Uno zu schicken.

STASI-BEHÖRDE

Abgelehnte Angebote

Der Versuch des neuen Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Roland Jahn, Mitarbeiter aus seiner Behörde loszuwerden, die einst beim Ministerium für Staatssicherheit beschäftigt waren, droht zu scheitern. In Einzelgesprächen erkundigte sich die Behördenleitung bei den 47 betroffenen Mitarbeitern nach ihrer Bereitschaft, sich in andere Institutionen des Bundes versetzen zu lassen. Dabei sollen nach Angaben von Behörden-Insidern nur drei Mitarbeiter ein mögliches Einverständnis zum Wechsel signalisiert haben. Allerdings stehen bislang überhaupt nur 20 gleichwertige

Planstellen anderswo zur Verfügung. Die Behördenleitung erwägt nun eine Art Ausleihe der drei Wechselwilligen, um wenigstens einen Teilerfolg vermelden zu können. Kündigungen sind ausgeschlossen, da die Arbeit der Betroffenen nie bemängelt wurde. Eine Versetzung gegen den Willen der Mitarbeiter ist umstritten. Beiratschef Richard Schröder lehnt Zwangsversetzungen ab. Die Arbeitskollegen hätten sich in den letzten 20 Jahren nichts zuschulden kommen lassen, „sie waren loyal“. Juristen fürchten bei einer Zwangsversetzung lange arbeitsrechtliche Auseinandersetzungen.



JOHANNES EISELE / AFP

Jahn